



ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Präsidium des Nationalrates

Dr Karl Renner-Ring 3
1010 W i e n

89 85

Datum: 15. NOV. 1985

Verteilt: 18. NOV. 1985 Rosner

St. Jazek

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Telefon (0222) 65 37 65

Datum

1211-MagWö

Durchwahl 481

12.11.1985

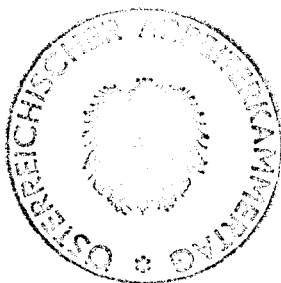
Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Notarversicherungsgesetz
1972 (5. Novelle zum NVG 1972)
geändert wird
S t e l l u n g n a h m e

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet 25 Exemplare
seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf
zur gefälligen Information.


Der Präsident:

St. Jazek

Der Kammeramtsdirektor:
iA

St. Jazek

Beilagen



ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Bundesministerium für soziale
Verwaltung

Stubenring 1
1010 W i e n

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Telefon (0222) 65 37 65

Datum

Zl. 21.355/3-1a/1985

1211-MagWö

Durchwahl 481

28. Oktober 1985

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Notarversicherungsgesetz
1972 (5. Novelle zum NVG 1972)
geändert wird; Stellungnahme.

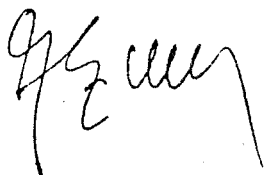
Der vorliegende Entwurf einer 5. Novelle zum Notarversicherungsgesetz 1972 (NVG) enthält vor allem Maßnahmen, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt auch in Zukunft gewährleisten sollen. Diese bestehen im wesentlichen in einer Kombination von verstärkter Beitragsgerechtigkeit der Leistungen und zugleich einer sozial orientierten Ausgestaltung der Pensionsanpassung mittels einer degressiven Staffelung. Der Österreichische Arbeiterkammertag steht diesen geplanten Maßnahmen positiv gegenüber.

Es besteht auch grundsätzlich kein Einwand gegen die Zielrichtung der geplanten Bestimmungen, in denen der Anfall der Leistungen geregelt wird (§ 23). Der Österreichische Arbeiterkammertag verweist in diesem Zusammenhang auf seine Stellungnahme zur 41. ASVG-Novelle, in der eine Neuregelung der entsprechenden Bestimmungen im ASVG gefordert wurde. Weiters würde es der Österreichische Arbeiterkammer begrüßen, wenn die Bestimmungen über den Leistungsanfall in allen Sozialversicherungsgesetzen möglichst einheitlich geregelt würden.

Der Österreichische Arbeiterkammertag sieht jedoch keinen Anlaß, von seiner früheren Stellungnahme zu der bereits in der 4. Novelle geplanten, aber dann doch nicht realisierten Neufassung des § 10 Abs. 1 Z. 1 NVG abzugehen.

Abschließend wird mitgeteilt, daß im Sinne der Entschließung des Nationalrates anläßlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBl.Nr.178/1961, 25 Abdrucke dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

